



Jahresabschluss 31.12.2024

FN 088983h

FIRMA

STRABAG SE

Für die Zuordnung im Firmenbuch ist nicht der Firmenwortlaut, sondern ausschließlich die übermittelte Firmenbuchnummer maßgeblich.

GESCHÄFTSJAHR

vom 01.01.2024 bis 31.12.2024

Aktiengesellschaft

Einordnung groß

VORANGEGANGENES GESCHÄFTSJAHR

vom 01.01.2023 bis 31.12.2023

Aktiengesellschaft

PDF GENERIERT AM

10.09.2025

UNTERZEICHNET VON

PRÜFWERT: d63acaf0acddc52d17b1e66422f548a9

Dipl.-Ing. (FH) Peter Gloeckler, geb 10.06.1977
am 09.09.2025

DI Bm. Siegfried Wanker, geb 05.05.1968
am 09.09.2025

Mag. Christian Harder, geb 19.08.1968
am 09.09.2025

Dipl.-Ing. (FH) Joerg Roesler, geb 23.02.1964
am 09.09.2025

Bestätigung des Einbringers

Der Einschreiter bestätigt, dass er einer der vertretungsbefugten Vertreter der Gesellschaft ist, er von den vertretungsbefugten Vertretern in der vertretungsbefugten Anzahl zur Einreichung des Jahresabschlusses ermächtigt wurde und dass ihm ein von den oben als Unterzeichner angeführten gesetzlichen Vertretern der Gesellschaft (§ 277 UGB) eigenhändig unterfertigter Jahresabschluss vorliegt, der mit dem übermittelten gleichlautend ist.

Hinweis zum Bestätigungsvermerk

Der beige geschlossene Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den vom Abschlussprüfer oder Revisionsverband geprüften und von sämtlichen gesetzlichen Vertretern unterzeichneten Jahresabschluss.

Bilanz

in EUR Vorjahr in TEUR

	in EUR	Vorjahr in TEUR
AKTIVA	3.320.425.971,58	3.318.467
Anlagevermögen	2.662.001.584,01	2.673.807
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0
geleistete Anzahlungen	0,00	0
Sachanlagen	1.162.855,82	1.027
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.137.403,02	1.027
geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	25.452,80	0
Finanzanlagen	2.660.838.728,19	2.672.780
Anteile an verbundenen Unternehmen	2.577.931.220,73	2.579.963
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0,00	0
Beteiligungen	24.017.953,70	24.266
Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	58.864.578,44	68.524
sonstige Ausleihungen	24.975,32	24
Umlaufvermögen	636.812.289,57	624.276
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	636.619.779,38	624.062
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	616.264.256,73	597.441
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	265.513.990,40	272.113
Forderungen gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.825.026,16	5.273
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	0,00	0
sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	18.530.496,49	21.347
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	14.156.832,01	17.719
Kassenbestand, Schecks, Guthaben bei Kreditinstituten	192.510,19	213
Rechnungsabgrenzungsposten	10.327.246,00	10.806
Aktive latente Steuern	11.284.852,00	9.577
PASSIVA	3.320.425.971,58	3.318.467
Eigenkapital	2.863.996.829,90	2.714.802
eingefordertes Grundkapital	115.442.976,00	99.820
Grundkapital	118.221.982,00	102.600
Nennbetrag eigener Aktien	-2.779.006,00	-2.779
davon eingezahlt	118.221.982,00	102.600
Kapitalrücklagen	1.805.960.927,81	1.821.582
gebundene	809.340.923,51	824.962
nicht gebundene	996.620.004,30	996.620
Gewinnrücklagen	644.258.965,09	530.530
gesetzliche Rücklage	72.672,83	72
andere Rücklagen (freie Rücklagen)	644.186.292,26	530.458
Rücklage für eigene Anteile	2.779.006,00	2.779
Bilanzgewinn	295.554.955,00	260.088
davon Gewinnvortrag	6.113.813,20	0
Rückstellungen	21.157.733,00	14.275

Steuerrückstellungen	19.530,00	27
sonstige Rückstellungen	21.138.203,00	14.247
Verbindlichkeiten	435.271.408,68	589.389
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	435.271.408,68	589.389
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.022,54	0
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	13.022,54	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.987.579,39	3.089
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.987.579,39	3.089
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	45.525.274,20	163.521
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	45.525.274,20	163.521
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	730.734,18	586
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	730.734,18	586
sonstige Verbindlichkeiten	387.014.798,37	422.192
davon aus Steuern	657.130,18	1.337
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	31.555,15	36
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	387.014.798,37	422.192

Gewinn- und Verlustrechnung

in EUR

Vorjahr in TEUR

nach dem Gesamtkostenverfahren

Umsatzerlöse	87.178.994,41	88.280
sonstige betriebliche Erträge	1.347,27	1.618
Erträge aus dem Abgang vom und der Zuschreibung zum Anlagevermögen mit Ausnahme der Finanzanlagen	0,00	37
übrige	1.347,27	1.580
Aufwendungen für Material und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-25.145.306,69	-24.181
Materialaufwand	-15.909,49	-68
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-25.129.397,20	-24.113
Personalaufwand	-11.359.266,55	-11.316
Gehälter	-10.170.849,79	-9.904
soziale Aufwendungen	-1.188.416,76	-1.412
davon Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-127.349,28	-166
davon Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-530.104,99	-840
Abschreibungen	-40.102,20	-26
auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für das Ingangsetzen und Erweitern eines Betriebes	-40.102,20	-26
sonstige betriebliche Aufwendungen	-34.668.326,49	-34.876
davon Steuern, soweit sie nicht unter "Steuern vom Einkommen und vom Ertrag" fallen	-252.396,82	-195
Zwischensumme - Betriebserfolg	15.967.339,75	19.496
Erträge aus Beteiligungen	370.235.869,78	290.013
davon aus verbundenen Unternehmen	368.184.198,65	288.364
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	17.167.735,94	17.593
davon aus verbundenen Unternehmen	10.469.625,54	11.453
Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen und Wertpapieren des Umlaufvermögens	25.911.576,05	216
Aufwendungen aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren des Umlaufvermögens	-21.097.652,75	-1.813
davon Abschreibungen	-10.727.652,75	-1.059
davon Aufwendungen aus verbundenen Unternehmen	-6.600.000,00	-344
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-5.535.324,09	-11.326
davon betreffend verbundene Unternehmen	-4.770.071,98	-10.565
Zwischensumme - Finanzerfolg	386.682.204,93	294.683
Ergebnis vor Steuern	402.649.544,68	314.179
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	519.661,78	653
Ergebnis nach Steuern	403.169.206,46	314.832
JAHRESÜBERSCHUSS	403.169.206,46	314.832
ZUWEISUNG ZU GEWINNRÜCKLAGEN	-113.728.064,66	-54.744
GEWINNVORTRAG AUS DEM VORJAHR	6.113.813,20	0

BILANZGEWINN	295.554.955,00	260.088
---------------------	-----------------------	----------------

Anhang für das Geschäftsjahr 2024 der STRABAG SE, Villach

I. Anwendung der unternehmensrechtlichen Vorschriften

Der Vorstand der Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss zum 31.12.2024 nach den Vorschriften des österreichischen Unternehmensgesetzbuches (UGB) aufgestellt.

Die bisherige Form der Darstellung wurde bei der Erstellung des vorliegenden Jahresabschlusses beibehalten.

Bei Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten, die unter mehrere Posten der Bilanz fallen, wurde die Zugehörigkeit zu anderen Posten im Anhang angegeben.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist in Staffelform nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Soweit es zur Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erforderlich ist, wurden im Anhang zusätzliche Angaben gemacht.

Das Unternehmen ist oberstes Mutterunternehmen des Konsolidierungskreises der STRABAG SE, Villach. Der Konzernabschluss wird beim Landes- als Handelsgericht Klagenfurt hinterlegt.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 221 UGB.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Grundlagen

Die Aufstellung des Jahresabschlusses erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei den Vermögensgegenständen und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung angewandt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde Rechnung getragen, indem insbesondere nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste, die im Geschäftsjahr 2024 oder in einem früheren Geschäftsjahr entstanden sind, wurden berücksichtigt.

Schätzungen beruhen auf einer umsichtigen Beurteilung. Soweit statistisch ermittelbare Erfahrungen aus gleich gelagerten Sachverhalten vorhanden sind, hat das Unternehmen diese bei Schätzungen berücksichtigt.

Die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Angaben zu den makroökonomischen Gegebenheiten

Das Marktumfeld für die Baubranche zeigt sich auch im Jahr 2024 durch die gestiegenen Baupreise sowie durch die anhaltend hohen Energiepreise und Zinsen weiterhin herausfordernd.

Im STRABAG-Konzern war eine differenzierte Entwicklung der Märkte nach Sparten zu beobachten. Die Bereiche Verkehrswegebau und Ingenieurbau zeigten sich weitgehend stabil. In Deutschland wurden zwar weitere Kürzungen im Bereich des Autobahnbaus angekündigt, gleichzeitig nahmen jedoch umfangreiche Energiewende-Projekte, insbesondere der Bau von Energietrassen, Fahrt auf.

Im Hochbau hingegen waren teils deutliche Rückgänge zu verzeichnen, besonders im Wohnbau, der in Österreich und Deutschland starke Einbußen erlitt. In Österreich war dieser Rückgang besonders ausgeprägt, bedingt durch eine Kombination aus erhöhten Hypothekenzinsen und im europäischen Vergleich strikteren Kreditvergaberichtlinien.

Abgesehen von Ungarn, wo aufgrund eingefrorener EU-Mittel und einem insgesamt rückläufigen Baumarkt die Situation schwierig bleibt, entwickelten sich die osteuropäischen Kernmärkte des Konzerns insgesamt positiv. Besonders Polen profitiert von freigegebenen EU-Mitteln und erzielte starke Wachstumsraten. Auch im außereuropäischen Geschäft zeigte sich eine insgesamt stabile Entwicklung.

Auswirkungen des Klimawandels

Die Klimakrise ist eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit und als Folge daraus werden die ökonomischen Auswirkungen und Risiken für die Unternehmen weiter zunehmen.

Der STRABAG SE-Konzern ist in hohem Maße von fossilen Energieträgern abhängig. Diese werden zum Betrieb der Produktionsanlagen (Betonwerke, Asphaltmischanlagen, Stein- und Kieswerke) und Baumaschinen sowie Fuhrpark eingesetzt.

Aufgrund strengerer Regulierungen und höherer Preise durch CO₂-Bepreisungen besteht das Risiko volatiler und höherer Energie- und Rohstoffpreise, die nicht vollständig an die Kund:innen weitergegeben werden können.

Durch verschärfte umweltschutzrechtliche Vorgaben und zusätzliche Aufwendungen für klimaschonende Geschäftsprozesse ist von Kostensteigerungen und einer weiteren Erhöhung der Baupreise auszugehen.

Es besteht das Risiko, dass weniger Aufträge, insbesondere beim Neubau von Straßen, aufgrund eines geänderten öffentlichen Investitionsverhaltens und aufgrund verschärfter Flächenwidmungsgesetze vergeben werden, die durch Aufträge in anderen Geschäftsfeldern kompensiert werden müssen.

Die Nachfrage nach nachhaltigen, lebenszyklusorientierten Bauwerken sowie die Sanierungsmaßnahmen bestehender Gebäude werden zunehmen und die Anforderungen an die Kreislauffähigkeit von Bauwerken werden ansteigen. Bei der öffentlichen Auftraggeberschaft werden Ausschreibungen entwickelt, bei denen Nachhaltigkeit als Wertungskriterium aufgenommen wird. Dadurch wird sich auch die Nachfrage nach nachhaltigen Baustoffen, die aber noch nicht in allen Bereichen existieren bzw. nicht in ausreichender Menge verfügbar sind, erhöhen.

Aufgrund der Zunahme von außergewöhnlichen Wetterereignissen wird es zu Bauzeitverzögerungen und erhöhten Kosten für Versicherungen kommen.

Im Geschäftsfeld Property and Facility Services werden zukünftig verstärkt Green Services unter Nutzung von nachhaltigen Reinigungsmitteln und Geräten angeboten. Erhöhter Sanierungs- und Modernisierungsbedarf wird bei IT-Standorten für Telekommunikation und Rechenzentren durch höhere Durchschnittstemperaturen erwartet.

Im Bereich der Projektentwicklungsleistungen werden künftig vermehrt Projekte im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien ausgeschrieben.

In Summe sind die aus dem Klimawandel resultierenden Risiken bei Vermögenswerten und Schulden dennoch vergleichsweise gering einzustufen und es ergeben sich daher keine Risiken, die die Fortführung des Unternehmens gefährden.

Die Baubranche wird im Rahmen von baulichen und technologischen Anpassungsmaßnahmen vielmehr wesentliche Beiträge zum Schutz vor den Auswirkungen des Klimawandels leisten.

Als wesentliche Chancen werden die steigende Nachfrage nach klimaresilientem Bauen und Sanierungen sowie die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle für die Erzeugung und den Einsatz erneuerbarer Energieträger gesehen.

Mit der im Geschäftsjahr 2021 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie hat sich STRABAG das Ziel der Klimaneutralität entlang der Wertschöpfungskette bis zum Jahr 2040 gesetzt. Dabei legt das Unternehmen bei der Planung und Umsetzung von Bauprojekten den Fokus auf ökologisch verträgliche, nachhaltige Bauweisen sowie auf eine effiziente Nutzung von Ressourcen und deren Wiederverwertung, um mögliche negative Auswirkungen von Bauprojekten auf die Umwelt weitgehend zu begrenzen.

Anlagevermögen

Sachanlagen

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, abzüglich planmäßiger Abschreibungen, bewertet. Gemäß den steuerrechtlichen Vorschriften nimmt die Gesellschaft für Zugänge im ersten Halbjahr eine volle Jahresabschreibung, für Zugänge im zweiten Halbjahr eine halbe Jahresabschreibung vor.

Die Ermittlung der planmäßigen Abschreibungen erfolgt nach der linearen Abschreibungsmethode unter Zugrundelegung folgender Nutzungsdauern:

	Jahre	
	von	bis
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4	15

Geringwertige Vermögensgegenstände (Einzelanschaffungswert bis € 1.000,00 / Vorjahr: bis € 1.000,00) werden im Zugangsjahr aktiviert und sofort abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen auf einen zum Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert werden vorgenommen, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Finanzanlagen

Die Finanzanlagen werden zu Anschaffungskosten oder, falls ihnen ein niedrigerer Wert beizulegen ist, mit diesem angesetzt, wenn die Wertminderungen voraussichtlich von Dauer sind.

Dabei wird in einem ersten Schritt die statische Über- oder Unterdeckung durch Gegenüberstellung des Beteiligungsansatzes unter Berücksichtigung der Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, mit dem anteiligen Eigenkapital zum Stichtag ermittelt. In einem weiteren Schritt wird, sofern dies bei Unterdeckung erforderlich ist, eine Bewertung auf Basis von diskontierten Netto-Zahlungsmittelflüssen, die wesentlich von zukünftigen Umsatz- und Margenerwartungen abhängig sind sowie auf Basis von abgeleiteten Diskontierungszinssätzen durchgeführt. Diese Bewertung ist mit bedeutenden Schätzunsicherheiten behaftet.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei nachhaltigen und wesentlichen Wertminderungen werden niedrigere Werte angesetzt.

Zuschreibungen zum Anlagevermögen

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen sind. Die Zuschreibung erfolgt maximal bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten, die sich unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, ergeben.

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennbetrag angesetzt.

Fremdwährungsforderungen werden entsprechend dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Ist der Stichtagskurs niedriger als der Entstehungskurs, wird dieser für die Bewertung herangezogen.

Für erkennbare Risiken werden Einzelwertberichtigungen gebildet.

Zuschreibungen zum Umlaufvermögen

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens werden vorgenommen, wenn die Gründe für die Abschreibung weggefallen sind.

Latente Steuern

Latente Steuern werden gemäß § 198 Abs 9 und 10 UGB nach dem bilanzorientierten Konzept und ohne Abzinsung auf Basis des zukünftigen Körperschaftsteuersatzes von 23 % (Vorjahr: 23 %) gebildet. Für steuerliche Verlustvorträge werden keine aktiven latenten Steuern gebildet.

Rückstellungen

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurden entsprechend den gesetzlichen Erfordernissen alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste berücksichtigt.

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen werden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe sowie dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung erforderlich sind.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Fremdwährungsverbindlichkeiten werden entsprechend dem strengen Höchstwertprinzip bewertet. Ist der Stichtagskurs höher als der Entstehungskurs, wird dieser für die Bewertung herangezogen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Aufgliederung des Anlagevermögens und seine Entwicklung im Berichtsjahr sind im Anlagenspiegel angeführt (vergleiche Anlage 1 zum Anhang).

Die Aufgliederung der Beteiligungen ist der Beteiligungsliste (vergleiche Anlage 2 zum Anhang) zu entnehmen.

Von den Ausleihungen ist ein Betrag von € 5.221.599,00 (Vorjahr: T€ 5.272) innerhalb des nächsten Jahres fällig.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen Forderungen aus Finanzierungen, den laufenden Verrechnungsverkehr, die Verrechnung von Konzern- und Steuerumlagen sowie Ergebnisübernahmen.

Im Posten „Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände“ sind Erträge in Höhe von € 210.546,30 (Vorjahr: T€ 286) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

Die aktiven Rechnungsabgrenzungen betreffen im Wesentlichen eine Abgrenzung für Sponsoring in Höhe von € 9.875.000,00 (Vorjahr: T€ 10.000).

Aktive latente Steuern

Die aktiven latenten Steuern zum Bilanzstichtag wurden für temporäre Differenzen zwischen dem steuerlichen und unternehmensrechtlichen Wertansatz für folgende Posten gebildet:

	31.12.2024	31.12.2023
	€	T€
Sachanlagen	3.333,00	2
Offene Siebentel aus Beteiligungsabschreibungen	38.775.239,00	35.013
Rückstellungen	10.286.000,00	6.516
Verbindlichkeiten	0,00	108
Betrag Gesamtdifferenzen	49.064.572,00	41.639
Daraus resultierende latente Steuern per 31.12. (23 % / Vorjahr: 23%)	11.284.852,00	9.577

Die latenten Steuern entwickelten sich wie folgt:

	2024	2023
	€	T€
Stand am 1.1.	9.577.033,00	12.343
Erfolgswirksame Veränderung	1.707.819,00	-2.766
Stand am 31.12.	11.284.852,00	9.577

Eigenkapital

Das voll eingezahlte Grundkapital beträgt zum 31.12.2024 € 118.221.982,00 und ist in 118.221.979 auf Inhaber lautende Stückaktien und drei Namensaktien geteilt.

In der **Hauptversammlung der STRABAG SE vom 16.6.2023** wurde eine Reihe von Kapitalmaßnahmen beschlossen, um den Anteil der Minderheitsaktionärin MKAO "Rasperia Trading Limited" von 27,8 % auf unter 25 % zu reduzieren. Der vollständige Wortlaut der Beschlüsse ist auf der Homepage der STRABAG SE unter www.strabag.com verfügbar.

Die diesbezüglichen Kapitalmaßnahmen sind - zusammengefasst - nachfolgend dargestellt:

Kapitalerhöhung (Kapitalberichtigung) aus Gesellschaftsmitteln

Das Grundkapital der Gesellschaft wurde von € 102.600.000,00 um € 1.900.000.000,00 auf € 2.002.600.000,00 aus Gesellschaftsmitteln ohne Ausgabe neuer Aktien erhöht.

Ordentliche Kapitalherabsetzung zum Zweck der Einstellung in die nicht gebundenen Kapitalrücklagen

Das Grundkapital der Gesellschaft nach der Kapitalberichtigung in Höhe von € 2.002.600.000,00 wurde um € 996.620.004,30 auf € 1.005.979.995,70 zum Zweck der Einstellung in nicht gebundene Rücklagen der Gesellschaft herabgesetzt („Kapitalherabsetzung zur Einstellung in nicht gebundene Rücklagen“).

Ordentliche Kapitalherabsetzung mit der Wahlmöglichkeit einer Zeichnung von neuen Aktien mittels Sacheinlage der Ausschüttungsforderung

Das Grundkapital der Gesellschaft wurde von € 1.005.979.995,70 um € 903.379.995,70 zum Zweck der Rückzahlung des Herabsetzungsbetrags an die Aktionär:innen der Gesellschaft auf € 102.600.000,00 herabgesetzt („Kapitalherabsetzung zum Zweck der Ausschüttung“). Der aus der Kapitalherabsetzung entstehende Ausschüttungsanspruch in Höhe von € 9,05 je ausschüttungsberechtigter Stückaktie (der „Ausschüttungsanspruch“) konnte in bar oder nach Wahl jedes Aktionärs und jeder Aktionärin in neuen Aktien der Gesellschaft, die im Rahmen der beschlossenen Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage ausgegeben wurden, geleistet werden.

Ordentliche Erhöhung des Grundkapitals der Gesellschaft gegen Sacheinlagen

Das Grundkapital der Gesellschaft wurde um bis zu € 24.955.248,00 durch Ausgabe von bis zu 24.955.248 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien (Stammaktien), jeweils mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von € 1,00 (nachfolgend „Neue Aktien“), gegen Sacheinlagen aufzubringen durch Verzicht auf Ausschüttungsansprüche erhöht.

Den Aktionär:innen wurde das gesetzliche Bezugsrecht gewährt. Das Bezugsverhältnis wurde mit 1 : 4 (1 Neue Aktie für 4 bestehende Aktien) („Bezugsverhältnis“) und der Bezugspreis je Neuer Aktie mit € 36,20 („Bezugspreis“) festgesetzt. Die für den Bezug je einer Neuen Aktie aufzubringende Sacheinlage umfasst folglich 4 Ausschüttungsansprüche im Nominalbetrag von € 9,05 je ausschüttungsberechtigter Aktie.

Die Minderheitsaktionärin MKAO „Rasperia Trading Limited“ wird vom russischen Geschäftsmann Oleg Deripaska kontrolliert. Aufgrund der EU-Sanktionen gegen Herrn Deripaska sind die Aktien der MKAO „Rasperia Trading Limited“ an der STRABAG SE und alle mit diesen Aktien verbundenen Rechte einschließlich Stimmrechte und Dividendenansprüche eingefroren. Daher stand MKAO „Rasperia Trading Limited“ kein Bezugsangebot für Neue Aktien in Bezug auf ihre 28.500.001 Stück Stammaktien zu.

Die Bezugsfrist für die Wahl der Aktienvariante endete am 29.9.2023. Wie bereits vorab vertraglich zugesichert, wählten die Kernaktionäre – Familie Haselsteiner, UNIQA und Raiffeisen – die Aktienvariante. Darüber hinaus entschieden sich auch 26,4 % der Streubesitzaktionär:innen der STRABAG SE für den Erhalt Neuer Aktien. Somit haben 87,6 % des bezugsberechtigten Aktienbestands die Aktienvariante gewählt. Das entspricht einem Anteil von 60,9 % am Grundkapital der Gesellschaft.

Im Jahresabschluss zum 31.12.2023 war daher lediglich der auf die Ausschüttungsvariante entfallende Kapitalherabsetzungsbetrag in Höhe von € 337.864.220,15 als Eigenkapitalminderung und im Posten "sonstige Verbindlichkeiten" erfasst.

Im Zuge der ordentlichen Sachkapitalerhöhung im März 2024 wurden 15.621.982 Neue Aktien ausgegeben, wodurch das Grundkapital von € 102.600.000,00 um 15,2 % auf € 118.221.982,00 erhöht wurde. Die Eintragung der Erhöhung des Grundkapitals im Firmenbuch erfolgte am 21.3.2024. Mit diesem Datum kann die Erhöhung des Grundkapitals bilanziell erfasst werden. Der Anteil der Minderheitsaktionärin MKAO „Rasperia Trading Limited“ konnte damit von 27,8 % auf 24,1 % reduziert werden.

Die Auszahlung der Ausschüttung der Kapitalherabsetzung in Höhe von € 79.939.211,10 an den Streubesitz, die sich gegen die Aktienvariante entschieden hatten, wurde am 3.12.2024 abgeschlossen.

Der auf die Minderheitsaktionärin MKAO „Rasperia Trading Limited“ entfallende Betrag in Höhe von € 257.925.009,05 ist aufgrund der sanktionsrechtlichen Bestimmungen eingefroren und ist daher weiterhin unter den sonstigen Verbindlichkeiten erfasst.

Sämtliche in der Hauptversammlung am 16.6.2023 beschlossenen Kapitalmaßnahmen sind mittlerweile rechtswirksam. MKAO „Rasperia Trading Limited“ (Rasperia) hatte gegen die beschlossenen Kapitalmaßnahmen ein Anfechtungsverfahren eingebracht. Nachdem das OLG Graz bereits die Berufung abgewiesen hatte, hat Rasperia den Obersten Gerichtshof schlussendlich nicht mehr angerufen. Damit ist das Anfechtungsverfahren rechtskräftig beendet.

In der **Hauptversammlung der STRABAG SE vom 14.6.2024** wurden folgende Beschlüsse gefasst:

Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands zur Kapitalerhöhung gemäß § 169 AktG (genehmigtes Kapital) gegen Bar- und/oder Sacheinlage samt Ermächtigung des Vorstands zum Ausschluss des Bezugsrechts und die Änderung der Satzung in § 4 Abs 1

Der Vorstand wird für die Dauer von fünf Jahren nach Eintragung der entsprechenden Satzungsänderung im Firmenbuch gemäß § 169 AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um bis zu € 59.110.991,00 durch Ausgabe von bis zu 59.110.991 Stück neuen, auf Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft gegen Bar- und/oder Sacheinlagen auch in mehreren Tranchen zu erhöhen und den Ausgabebetrag, der nicht unter dem anteiligen Betrag des Grundkapitals liegen darf, die Ausgabebedingungen und die weiteren Einzelheiten der Durchführung der Kapitalerhöhung im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festzusetzen sowie allenfalls die neuen Aktien im Wege des mittelbaren Bezugsrechts gemäß § 153 Abs 6 AktG den Aktionär:innen zum Bezug anzubieten.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionär:innen ganz oder teilweise auszuschließen, (i) wenn die Kapitalerhöhung gegen Bareinlage erfolgt, (ii) wenn die Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage erfolgt, (iii) zur Bedienung einer Mehrzuteilungsoption (Greenshoe) oder (iv) für den Ausgleich von Spitzenbeträgen. Auf die Summe der nach dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionär:innen gegen Bareinlagen ausgegebenen Aktien darf rechnerisch ein Anteil am Grundkapital von insgesamt nicht mehr als € 11.822.198,00, das entspricht rund 10 % (zehn Prozent) des Grundkapitals der Gesellschaft, entfallen. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, Änderungen der Satzung, die sich durch die Ausgabe von Aktien aus dem genehmigten Kapital ergeben, zu beschließen.

Beschlussfassung über die Aufhebung des gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 15.6.2012 bestehenden und nicht ausgenutzten bedingten Kapitals (§ 159 Abs 2 Z 1 AktG) zur Ausgabe von Aktien an Gläubiger von Finanzinstrumenten und die Änderung der Satzung in § 4 Abs 7

Die zur Ausgabe von Finanzinstrumenten im Sinne des Hauptversammlungsbeschlusses vom 15.6.2012 gemäß § 159 Abs 2 Z 1 AktG beschlossene bedingte Kapitalerhöhung um bis zu € 50.000.000,00 durch Ausgabe von bis zu 50.000.000 Stück neuen Aktien der Gesellschaft wird aufgehoben.

Beschlussfassung über die Ermächtigung des Vorstands

a) zum Erwerb eigener Aktien gemäß § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und 1b AktG sowohl über die Börse oder öffentliches Angebot, als auch auf andere Art im Ausmaß von bis zu 10 % des Grundkapitals, auch unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts, das mit einem solchen Erwerb einhergehen kann (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss),

b) das Grundkapital durch Einziehung erworbener eigener Aktien ohne weiteren Beschluss der Hauptversammlung herabzusetzen, und

c) gemäß § 65 Abs 1b AktG für die Veräußerung bzw. Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch öffentliches Angebot zu beschließen

(1) Die in der 18. Ordentlichen Hauptversammlung vom 24.6.2022 erteilte Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien im nicht ausgenutzten Umfang wird aufgehoben und der Vorstand wird gleichzeitig gemäß § 65 Abs 1 Z 8 sowie Abs 1a und 1b AktG ermächtigt, auf den Inhaber oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft im Ausmaß von bis zu 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft während einer Geltungsdauer von 30 Monaten ab dem Tag dieser Beschlussfassung sowohl über die Börse oder öffentliches Angebot als auch auf andere Art zu einem niedrigsten Gegenwert je Aktie von € 1,00 (= rechnerischer Anteil einer Aktie am Grundkapital) und einem höchsten Gegenwert je Aktie von höchstens € 43,00 zu erwerben. Der Handel mit eigenen Aktien ist als Zweck des Erwerbs ausgeschlossen. Die Ermächtigung kann ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden. Die wiederholte Ausnutzung der Ermächtigung ist zulässig. Die Ermächtigung ist vom Vorstand in der Weise auszuüben, dass der mit dem von

der Gesellschaft aufgrund dieser Ermächtigung oder sonst erworbenen Aktien verbundene Anteil des Grundkapitals zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals übersteigen darf. Einen Erwerb kann der Vorstand beschließen, doch muss der Aufsichtsrat im Nachhinein von diesem Beschluss in Kenntnis gesetzt werden.

(2) Der Vorstand wird ermächtigt, bei einem Rückerwerb von auf den Inhaber oder auf Namen lautende Stückaktien der Gesellschaft gemäß Beschlusspunkt 1. auch das quotenmäßige Veräußerungsrecht der Aktionärinnen und Aktionäre, das mit einem solchen Erwerb einhergehen kann, auszuschließen (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss). Ein Erwerb unter Ausschluss des quotenmäßigen Veräußerungsrechts (umgekehrter Bezugsrechtsausschluss) unterliegt der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats.

(3) Die in der 18. Ordentlichen Hauptversammlung vom 24.6.2022 erteilte Ermächtigung des Vorstands zur Einziehung eigener Aktien im nicht ausgenutzten Umfang wird aufgehoben und der Vorstand wird ermächtigt, die von der Gesellschaft erworbenen eigenen Aktien zur Gänze oder teilweise ohne weiteren Hauptversammlungsbeschluss mit Zustimmung des Aufsichtsrats einzuziehen.

(4) Die in der 18. Ordentlichen Hauptversammlung vom 24.6.2022 erteilte Ermächtigung des Vorstands zur Veräußerung eigener Aktien im nicht ausgenutzten Umfang wird aufgehoben und der Vorstand wird für die Dauer von fünf Jahren ab Beschlussfassung gemäß § 65 Abs 1b AktG ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats für die Veräußerung beziehungsweise Verwendung eigener Aktien eine andere Art der Veräußerung als über die Börse oder durch ein öffentliches Angebot zu wählen, auch einen allfälligen Ausschluss des Wiederkaufsrechts (Bezugsrechts) der Aktionärinnen und Aktionäre zu beschließen und die Veräußerungsbedingungen festzusetzen. Die Ermächtigung kann einmal oder mehrmals, ganz oder teilweise oder auch in mehreren Teilbeträgen und in Verfolgung eines oder mehrerer Zwecke durch die Gesellschaft, durch ein Tochterunternehmen (§ 189a Z 7 UGB) oder für Rechnung der Gesellschaft durch Dritte ausgeübt werden.

Der vollständige Wortlaut der Beschlüsse ist auf der Homepage der STRABAG SE unter www.strabag.com verfügbar.

Pflichtangebot der Kernaktionäre

Am 18.8.2022 haben die Haselsteiner Familien-Privatstiftung, RAIFFEISEN-HOLDING NIEDERÖSTERREICH-WIEN registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung und UNIQA Österreich Versicherungs AG der STRABAG SE mitgeteilt, als Bieter ein öffentliches (antizipatorisches) Pflichtangebot gemäß §§ 22 ff Übernahmegesetz zum Erwerb von sämtlichen ausstehenden, auf Inhaber lautende Stückaktien der STRABAG SE (ISIN AT000000STR1), die sich nicht im Eigentum der Bieter oder mit den Bietern gemeinsam vorgehenden Rechtsträgern befinden, zum Angebotspreis von € 38,94 pro STRABAG-Aktie zu erstatten.

Das Angebot sollte auch zur Aufhebung der damals bestehenden Stimmrechtsbeschränkung der Bieter (und der gemeinsam mit ihnen vorgehenden Rechtsträger) auf insgesamt 26 % erfolgen, welche durch eine passive Kontrollerlangung wegen der europarechtlichen Sanktionsbeschränkungen von MKAO „Rasperia Trading Limited“ entstanden ist.

Vereinbarung zum Erwerb eigener Aktien durch STRABAG SE

STRABAG SE hat mit den Bietern des Pflichtangebots vereinbart, von den in das Angebot eingelieferten Aktien bis zu 10.260.000 Stück, das entspricht bis zu 10 % des Grundkapitals, zum selben Preis wie der Angebotspreis (€ 38,94) als eigene Aktien zu erwerben. Die Bieter erwerben diese Aktien im Zuge des Angebots treuhändig für STRABAG SE.

Grundlage dieser Vereinbarung ist der am 24.6.2022 gefasste Beschluss der Hauptversammlung über die Ermächtigung des Vorstands zum Rückerwerb eigener Aktien.

Mit Aktienkaufvertrag vom 9.2.2023 hat STRABAG SE tatsächlich 2.779.006 Stück eigene Aktien (2,7 % am Grundkapital) zum Preis von insgesamt € 108.214.493,64 aufgrund dieser Vereinbarung erworben.

Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen bestehen für Tantiemen in Höhe von € 9.186.695,00 (Vorjahr: T€ 7.289), Beteiligungsrisiken in Höhe von € 10.286.000,00 (Vorjahr: T€ 6.516) sowie für Schadens- und Streitfälle in Höhe von € 1.665.508,00 (Vorjahr: T€ 443).

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen Verbindlichkeiten aus Cash-Clearing, den laufenden Verrechnungsverkehr sowie die Verrechnung aus Steuerumlagen.

Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind Aufwendungen in Höhe von € 831.796,93 (Vorjahr: T€ 1.361) enthalten, die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter mit eingefrorenen Aktionärsrechten

Die Minderheitsaktionärin MKAO „Rasperia Trading Limited“ ("Rasperia") wurde jedenfalls bis 22.3.2024 vom russischen Geschäftsmann Oleg Deripaska kontrolliert. Seit 8.4.2022 lag durch die EU-Sanktionierung des Herrn Deripaska kein maßgeblicher Einfluss mehr vor, so dass Rasperia kein nahestehendes Unternehmen mehr darstellt. Der Anteil von Rasperia beträgt aktuell 24,1 %.

Der Vorstand der STRABAG SE wurde am 19.12.2023 mittels Beteiligungsmeldungen gemäß §§ 130 ff BörseG von Iliadis Joint Stock Company („Iliadis JSC“), einer russischen Aktiengesellschaft, und Oleg Deripaska informiert, dass die Iliadis JSC am 14.12.2023 einen Kaufvertrag über sämtliche Anteile an Rasperia abgeschlossen habe, der allerdings noch nicht durchgeführt sei.

Am 26.3.2024 wurde die Gesellschaft mittels Beteiligungsmeldungen gemäß §§ 130ff BörseG davon informiert, dass die im Dezember 2023 angekündigte Transaktion in Russland vollzogen wurde und Rasperia an Iliadis JSC übergegangen sei. Laut diesen Meldungen wird Rasperia mit ihrer Beteiligung von 24,1 % an STRABAG SE nunmehr von Iliadis JSC kontrolliert, während Herr Deripaska seine bisherige (indirekte) Kontrolle aufgegeben habe.

Rasperia (und Iliadis JSC) wurde(n) im Mai 2024 auf die Sanktionsliste des U.S. Department of the Treasury's Office of Foreign Assets Control („OFAC“) und mit Durchführungsverordnung (EU) 2024/1842 des Rates der Europäischen Union zudem auf die EU-Sanktionsliste gesetzt. Der 24,1 %-Anteil der Rasperia an der STRABAG SE ist weiterhin eingefroren.

In der Hauptversammlung vom 14.6.2024 wurde eine Dividende in Höhe von € 2,20 je Aktie beschlossen. Da die Dividendenansprüche aus den von Rasperia erhaltenen Aktien aufgrund der verhängten Sanktionen eingefroren sind, wurde die auf Rasperia entfallende Dividende (abzüglich der Kapitalertragsteuer) in Höhe von T€ 45.458 wie im Vorjahr nicht ausbezahlt. Zum 31.12.2024 sind daher nicht ausbezahlte Dividendenansprüche in Höhe von T€ 128.108 (31.12.2023: T€ 82.650) im Posten "sonstige Verbindlichkeiten" ausgewiesen.

Der aus der Kapitalherabsetzung auf Rasperia entfallende Ausschüttungsanspruch in Höhe von T€ 257.925 ist im Posten „sonstige Verbindlichkeiten“ erfasst und wird aufgrund der bestehenden Sanktionen ebenfalls weiterhin einbehalten.

In enger Koordination der STRABAG SE haben im Oktober 2024 die österreichischen Kernaktionäre eine Klage gegen Rasperia hinsichtlich der im Syndikatsvertrag aus 2007 festgeschriebenen Vorkaufsrechte vor einem Schiedsgericht in Amsterdam eingebracht. Das Gericht soll nun insbesondere folgende Fragen klären:

- Gültigkeit der Vorkaufsrechte über die Beendigung des Syndikatsvertrags aus 2007 hinaus
- Eintritt des Vorkaufsfalls durch Change of Control
- Übertragung der Aktien unter der Voraussetzung einer sanktionskonformen Umsetzungsmöglichkeit

2007 schlossen die österreichischen Kernaktionäre sowie Rasperia einen Syndikatsvertrag, der u.a. die Nominierung von Aufsichtsratsmitgliedern sowie die Koordination von Abstimmungsergebnissen auf der Hauptversammlung vorsah. Weiters wurden im Fall eines Kontrollwechsels (Change of Control) bei einer Aktionärin den anderen Syndikatspartnern Vorkaufsrechte eingeräumt. Das im Syndikatsvertrag definierte Schiedsgericht in Amsterdam soll nun klären, dass das Vorkaufsrecht nach dem Ende des Vertrags per 31.12.2022 noch Gültigkeit besitzt. Des Weiteren soll das Gericht feststellen, dass durch den Verkauf der Anteile an der Rasperia an die Iliadis JSC ein Kontrollwechselvorgang stattgefunden hat und basierend darauf, dass Rasperia daher verpflichtet wäre, ihre STRABAG-Aktien den Kernaktionären anzudienen bzw. diese entsprechend zu übertragen.

Gemäß Beteiligungsmeldung vom 26.3.2024 hat Oleg Deripaska seine Kontrolle an Rasperia aufgegeben, sprich, es hat, nach Auffassung der Gesellschaft und wohl auch der von Rasperia und Oleg Deripaska selbst, ein Kontrollwechsel stattgefunden. Mit einem Urteil des Schiedsgerichts rechnet STRABAG im Jahr 2026.

Vor einem Vollzug eines solchen Urteils sind noch zahlreiche weitere Fragen zu klären. Es muss insbesondere mit den relevanten nationalen und internationalen Behörden geklärt werden, ob und wie das Vorkaufsrecht sanktionskonform umgesetzt werden kann. STRABAG sieht sich hier in einer aktiven Rolle und wird alle erforderlichen Schritte unternehmen, um dieses wichtige Ziel für unsere Gesellschaft und letztlich alle Aktionär:innen zu erreichen.

STRABAG SE hat am 16. Dezember 2024 Beteiligungsmeldungen von Iliadis JSC und MKAO Valtoura Holdings Limited (Valtoura) erhalten und veröffentlicht. Demnach wurde die STRABAG Aktionärin Rasperia von Iliadis JSC an ihre vormalige Muttergesellschaft Valtoura rückübertragen. Der erneute Eigentümerwechsel hat nach Einschätzung von STRABAG keine

unmittelbaren Auswirkungen auf die STRABAG SE, da Rasperia selbst sowohl durch die EU als auch die USA mit Sanktionen belegt ist und die von Rasperia gehaltenen STRABAG Aktien daher jedenfalls eingefroren bleiben.

Haftungsverhältnisse

	31.12.2024	31.12.2023
	€	T€
Bürgschaften/Garantien	53.898.048,15	127.499
Haftungen aus Cash-Clearing	1.730.438.835,30	1.466.448
Gesamt	1.784.336.883,45	1.593.947
davon gegenüber verbundenen Unternehmen	1.752.929.242,81	1.529.369

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2020 eine unwiderrufliche, unbedingte, unbeschränkte und unbefristete Garantieerklärung zur Absicherung etwaiger Zahlungsverpflichtungen der Cash-Clearing Teilnehmer gegenüber der STRABAG BRVZ GmbH, Spittal an der Drau, abgegeben. Der Stand der Verpflichtungen der Cash-Clearing Teilnehmer gegenüber der STRABAG BRVZ GmbH zum 31.12.2024 beträgt € 556.521.088,86 (VJ: T€ 491.638).

Zusätzlich hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 eine harte, unbefristete Patronatserklärung zur Abdeckung sämtlicher Verpflichtungen der STRABAG BRVZ GmbH, Spittal an der Drau, gegenüber den Teilnehmern aus dem Cash-Clearing abgegeben. Die Verpflichtungen der STRABAG BRVZ GmbH aus dem Cash-Clearing zum 31.12.2024 betragen € 1.173.917.746,44 (VJ: T€ 974.810).

Darüber hinaus bestehen Patronatserklärungen für einzelne Bauprojekte sowie Erfüllungsgarantien und -bürgschaften im Ausmaß von € 1.032.597.893,90 (Vorjahr: T€ 1.074.203).

Aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen besteht auf Grund von langfristigen Miet-, Pacht- und Leasingverträgen für das Geschäftsjahr 2025 eine Verpflichtung von € 8.893.460,40 (Vorjahr: T€ 8.754). Der Gesamtbetrag der Verpflichtungen für die nächsten fünf Jahre beträgt € 44.467.302,00 (Vorjahr: T€ 43.769).

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

	2024	2023
	€	T€
Inland	39.772.613,62	41.364
Ausland	47.406.380,79	46.916
Gesamt	87.178.994,41	88.280

Die Umsatzerlöse betreffen im Wesentlichen die Verrechnung der Konzernumlage sowie die Weiterverrechnung von Haftungsprovisionen, Versicherungs- und Mietkosten und werden im In- und Ausland erzielt.

Personalaufwand

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 5 Angestellte (Vorjahr: 5 Angestellte).

Die Bezüge der Mitglieder des Vorstands betragen im Geschäftsjahr 2024 T€ 9.953 (Vorjahr: T€ 9.953).

Die Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen betrafen mit T€ 127 (Vorjahr: T€ 166) die Mitglieder des Vorstands.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die Aufsichtsratsvergütungen betragen im Geschäftsjahr 2024 € 238.027,00 (Vorjahr: T€ 240).

Die ausgewiesenen übrigen sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Haftungsprovisionen, Rechts- und Beratungsaufwendungen, Reise- und Werbeaufwendungen, Versicherungsaufwendungen sowie sonstige allgemeine Verwaltungskosten.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Auf Basis der von der OECD entwickelten Regelungen zur Einführung einer globalen Mindestbesteuerung wurde am 22.12.2022 die EU-Richtlinie zur globalen Mindestbesteuerung verabschiedet. Die Umsetzung in lokales Recht ist in Österreich mit dem Mindestbesteuerungsgesetz erfolgt, das erstmals für das Geschäftsjahr 2024 anwendbar ist. STRABAG SE ist daher verpflichtet für ihre Tochterunternehmen in Jurisdiktionen, in denen der nach Pillar II ermittelte effektive Steuersatz kleiner als 15 % ist, eine Ergänzungssteuer abzuführen, insoweit nicht in den betroffenen Jurisdiktion selbst eine Ergänzungssteuer erhoben wird.

Der STRABAG SE-Konzern ist mit Ungarn, Bulgarien, Montenegro, Bosnien und den Vereinigten Arabischen Emiraten in Ländern mit einem Nominalsteuersatz von unter 15 % tätig. Mit Ausnahme von Montenegro und Bosnien haben diese Länder eine lokale Ergänzungssteuer eingeführt, woraus sich nur geringfügige Ergänzungssteuerbeträge ergeben haben, die in den lokalen Jahresabschlüssen berücksichtigt wurden. Der Großteil des operativen Geschäfts wird aber in Ländern mit höheren Steuersätzen (insbesondere Deutschland und Österreich) erbracht. Aufgrund einer vorläufigen Analyse der Steueraufwendungen und Ergebnisse der Konzerngesellschaften war für das Geschäftsjahr 2024 keine Rückstellung für Steueraufwendungen aus der Pillar II-Regelungen im Jahresabschluss zu erfassen.

V. Ergänzende Angaben

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Am 17.1.2025 ist der Vorstandsvorsitzende der STRABAG SE, Klemens Haselsteiner, plötzlich und unerwartet verstorben.

Am 27.1.2025 hat der Vorstand der STRABAG SE mit Zustimmung des Aufsichtsrats Herrn Dr. Hans Peter Haselsteiner eine Generalvollmacht der STRABAG SE erteilt. Dr. Hans Peter Haselsteiner wird im Auftrag des Vorstands und in Abstimmung mit den Syndikatspartnern das Unternehmen dabei unterstützen, den Transformationsprozess fortzusetzen und dem Nachfolger seine Erfahrung zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand wird den mit „Work On Progress“ eingeleiteten, umfassenden Transformationsprozess des Unternehmens im Sinne von Klemens Haselsteiner fortsetzen.

Am 19.2.2025 hat der Aufsichtsrat der STRABAG SE Dipl.-Ing. Stefan Kratochwill mit sofortiger Wirkung zum Vorstandsvorsitzenden ernannt.

Ergebnisverwendung

Der Vorstand schlägt vor, eine Dividende in Höhe von € 2,50 je dividendenberechtigter Aktie für das Geschäftsjahr 2024 auszuschütten.

Sonstige Angaben

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind in einer gesonderten Aufstellung angegeben (vergleiche Anlage 3 zum Anhang).

Mit der STRABAG BRVZ GmbH, Spittal an der Drau, wurde eine Vereinbarung zur Übernahme der Finanz- und Bilanzbuchhaltung, Betriebs- und Kostenrechnung, Lohn- und Gehaltsverrechnung, Finanzdisposition sowie der Versicherungs- und Liegenschaftsverwaltung getroffen.

Die Gesellschaft ist Gruppenträger einer Unternehmensgruppe im Sinne des § 9 Abs 8 KStG 1988. Ein steuerlicher Ausgleich (positive als auch negative Umlagen) zwischen den Gruppenmitgliedern und der Gesellschaft ist in Form von Steuerumlageverträgen geregelt.

In der Steuerumlagenvereinbarung ist festgelegt, dass die Gruppenmitglieder bei positiven Jahresergebnissen Steuerumlagen an den Gruppenträger abführen. Haben die Gruppenmitglieder negative Jahresergebnisse, erhalten sie eine negative Steuerumlage vom Gruppenträger. Die Abrechnungen der Steuerbelastungen oder Steuerentlastungen, die sich aus dem Einkommen der Gruppenmitglieder ergeben, erfolgen jährlich und bei einer Änderung der steuerlichen Ergebnisse.

Zugunsten der Mineral Abbau GmbH, Spittal an der Drau, besteht eine Verlustabdeckungszusage, welche unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden kann.

Zugunsten der STRABAG AG, Köln, besteht eine freiwillige Verlustübernahmeverpflichtung entsprechend § 302 dAktG für das Geschäftsjahr 2025.

STRABAG SE hat gemeinsam mit der PORR AG über eine gemeinsame Beteiligungsgesellschaft einen Abtretungsvertrag für Teile der VAMED-Gruppe unterzeichnet. Gegenstand des Erwerbs sind die VAMED-KMB Krankenhausmanagement und Betriebsführungsges.m.b.H. (VKMB) und die VAMED Standortentwicklung und Engineering GmbH (VSG) mit den Geschäftsbereichen der AKH Wien technische Betriebsführung samt den Bauprojekten des AKH Wien, das österreichische Projektentwicklungsgeschäft sowie die Thermenbeteiligungen in Österreich. Die Transaktion steht unter dem Vorbehalt regulatorischer Freigaben unter anderem der zuständigen Wettbewerbsbehörden, die bis zum 31.12.2024 noch keine Genehmigung erteilt haben. Der Kaufpreis für 100% beträgt rd. € 90 Mio. Bis zum vertraglich vereinbarten Zeitpunkt konnte der Vertrag nicht vollzogen werden. Das STRABAG-PORR-Konsortium hat daher im März 2025 ergänzende Verhandlungen mit der Verkäuferin in Bezug auf den Kaufvertrag aufgenommen.

Die auf das Geschäftsjahr entfallenden Aufwendungen für die Abschlussprüferin PwC Wirtschaftsprüfung GmbH, Wien, betragen in Summe T€ 973 (Vorjahr: T€ 1.025), wovon T€ 199 (Vorjahr: T€ 74) auf die Prüfung des Jahresabschlusses, T€ 564 (Vorjahr: T€ 789) auf andere Bestätigungsleistungen und T€ 210 (Vorjahr: T€ 162) auf sonstige Leistungen entfallen.

Darüber hinaus wurden T€ 11 (Vorjahr: T€ 11) für sonstige Leistungen an Tochtergesellschaften verrechnet.

Die Vorjahresangaben beziehen sich auf die Abschlussprüferin KPMG Austria GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Linz.

Villach, am 4.4.2025

Der Vorstand



Dipl.-Ing. Stefan Kratochwill
Vorsitzender des Vorstands
Zentrale Konzernstabsbereiche und
Zentralbereiche BMTI, CML, SID, TPA, ZT



Mag. Christian Harder
Finanzvorstand
Zentralbereich BRVZ



Dipl.-Ing. (FH) Jörg Rösler
Mitglied des Vorstands
Segment Nord + West



Dipl.-Ing. Siegfried Wanker
Mitglied des Vorstands
Segment International + Sondersparten



Dipl.-Ing. (FH) Alfred Watzl
Mitglied des Vorstands
Segment Süd + Ost

Anlage 1 zum Anhang: Anlagenspiegel

Anlage 2 zum Anhang: Beteiligungsliste

Anlage 3 zum Anhang: Organe der Gesellschaft

Anlagenspiegel zum 31.12.2024

€	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Stand am 31.12.2024
	Stand am 1.1.2024	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	
I. Sachanlagen:					
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.323.567,39	149.948,40	0,00	119.808,20	1.353.707,59
2. geleistete Anzahlungen	0,00	25.452,80	0,00	0,00	25.452,80
	1.323.567,39	175.401,20	0,00	119.808,20	1.379.160,39
II. Finanzanlagen:					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	2.785.651.810,03	4.207.298,00	0,00	1.839.095,62	2.788.020.012,41
2. Beteiligungen	36.217.683,57	5.707.495,28	0,00	6.209.331,40	35.715.847,45
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	68.524.884,81	5.340.111,03	0,00	12.100.417,40	61.764.578,44
4. sonstige Ausleihungen	24.975,32	0,00	0,00	0,00	24.975,32
	2.890.419.353,73	15.254.904,31	0,00	20.148.844,42	2.885.525.413,62
Gesamt	2.891.742.921,12	15.430.305,51	0,00	20.268.652,62	2.886.904.574,01

	Kumulierte Abschreibungen					Nettobuchwerte		
	Stand am 1.1.2024	Zugänge	Zuschreibungen	Umbuchungen	Abgänge	Stand am 31.12.2024	Buchwert 31.12.2024	Buchwert 31.12.2023
I.								
	296.010,57	40.102,20	0,00	0,00	119.808,20	216.304,57	1.137.403,02	1.027.556,82
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.452,80	0,00
	296.010,57	40.102,20	0,00	0,00	119.808,20	216.304,57	1.162.855,82	1.027.556,82
II.								
1.	205.688.023,68	5.080.768,00	680.000,00	0,00	0,00	210.088.791,68	2.577.931.220,73	2.579.963.786,35
2.	11.951.009,00	2.746.884,75	0,00	0,00	3.000.000,00	11.697.893,75	24.017.953,70	24.266.674,57
3.	0,00	2.900.000,00	0,00	0,00	0,00	2.900.000,00	58.864.578,44	68.524.884,81
4.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	24.975,32	24.975,32
	217.639.032,68	10.727.652,75	680.000,00	0,00	3.000.000,00	224.686.685,43	2.660.838.728,19	2.672.780.321,05
	217.935.043,25	10.767.754,95	680.000,00	0,00	3.119.808,20	224.902.990,00	2.662.001.584,01	2.673.807.877,87

Beteiligungsliste

Die Gesellschaft hält bei folgenden Unternehmen mindestens 20,00 % Anteilsbesitz:

Name und Sitz:	Kapitalanteil %	Eigenkapital/ negatives Eigenkapital ¹ T€	Ergebnis ² T€
Anteile an verbundenen Unternehmen:			
„A-WAY Infrastrukturprojektentwicklungs- und -betriebs GmbH“, Spittal an der Drau	100,00	17.444	8.776
„SBS Strabag Bau Holding Service GmbH“, Spittal an der Drau	100,00	289.606	12.020
„Strabag“ d.o.o. Podgorica, Podgorica	100,00	7.150	603
Asphalt & Beton GmbH, Spittal an der Drau	100,00	6.921	-1.742
Bau Holding Beteiligungs GmbH, Spittal an der Drau	65,00	1.644.733	127.495
BHG Sp. z o.o., Pruszkow	100,00	2.792	850
CML CHILE SPA, Vitacura	100,00	160 ³	152 ³
CML Construction Services AB, Stockholm	100,00	4	0
CML Construction Services, Antwerpen	100,00	74	15
CML Construction Services A/S, Trige	100,00	84	4
CML Construction Services d.o.o. Beograd, Belgrad	100,00	219	30
CML CONSTRUCTION SERVICES d.o.o., Ljubljana	100,00	-9	-16
CML CONSTRUCTION SERVICES d.o.o., Zagreb	100,00	286	70
CML Construstion Services EOOD, Sofia	100,00	2	6
CML Construction Services GmbH, Köln	100,00	597	527
CML Construction Services GmbH, Schlieren	100,00	192	13
CML Construction Services GmbH, Wien	100,00	330	21
CML CONSTRUCTION SERVICES LIMITED, London	100,00	-16	5
CML CONSTRUCTION SERVICES LIMITED, Mississauga	100,00	12 ³	12 ³
CML CONSTRUCTION SERVICES Sp. z o.o., Pruszkow	100,00	1.023	244
CML CONSTRUCTION SERVICE S.R.L., Bologna	100,00	83	29
CML CONSTRUCTION SERVICES s. r. o., Bratislava	100,00	238	36
CML CONSTRUCTION SERVICES s.r.o., Prag	100,00	240	50
CML Construction Services Zrt., Budapest	100,00	334	17
DC1 Immo GmbH, Wien	100,00	6.020	711
DRP, d.o.o., Ljubljana	100,00	-8.432	-1
ERRICHTUNGSGESELLSCHAFT STRABAG SLOVENSKO s.r.o., Bratislava-Ruzinov	100,00	24.397	303
Erste Nordsee-Offshore-Holding GmbH, Wien	51,00	109	-28
KMG - KLIPLEV MOTORWAY GROUP A/S, Aarhus	100,00	1.509	253
Mazowieckie Asfalty Sp. z o.o., Pruszkow	100,00	-44 ³	-4 ³
Mineral Abbau GmbH, Spittal an der Drau	100,00	15.827	3.944
OOO „CML“, Moskau	100,00	311	329
PRZEDSIĘBIORSTWO ROBOT DROGOWYCH SPOLKA Z OGRANICZONA ODPOWI W LIKWIDACJI, Choszczno	100,00	4	4
SAT REABILITARE RECICLARE SRL, Cluj-Napoca	100,00	4.488	2.145
SAT SANIRANJE cesta d.o.o., Zagreb	100,00	737	329

Name und Sitz:	Kapitalanteil %	Eigenkapital/ negatives Eigenkapital ¹ T€	Ergebnis ² T€
Anteile an verbundenen Unternehmen:			
SAT SLOVENSKO s.r.o., Bratislava	100,00	1.981	96
SF Bau vier GmbH, Wien	100,00	10.900	-5.715
STRABAG AG, Schlieren	100,00	-29.904	-6.760
STRABAG AG, Köln	100,00	1.402.151	401.733
STRABAG Infrastruktur Development, Moskau	100,00	41	59
STRABAG Oy, Helsinki	100,00	1.038	893
STRABAG Real Estate GmbH, Köln	28,40	173.725	13
Strabag RS d.o.o., Banja Luka	100,00	-843	-24
SAT SLOVENSKO s.r.o. (vormals: BITUNOVA spol. s r.o.), Bratislava	100,00	1.615	239
TECH GATE VIENNA Wissenschafts- und Technologiepark GmbH, Wien	94,00	6.810	2.333
TPA GmbH, Köln	100,00	4.659	912
Zweite Nordsee-Offshore-Holding GmbH, Wien	51,00	-7.465	49

¹ gemäß § 224 Abs 3 UGB

² Jahresüberschuss/-fehlbetrag

³ Jahresabschluss zum 31.12.2023

⁴ keine Angabe gemäß § 242 Abs 2 UGB

Name und Sitz:	Kapitalanteil %	Eigenkapital/ negatives Eigenkapital ¹ T€	Ergebnis ² T€
Beteiligungen:			
A-Lanes A15 Holding B.V., Nieuwegein	24,00	4	4
EPM PSO GmbH & Co KG, Spittal an der Drau	20,00	4	4
GDK Flight Management GmbH, Spittal an der Drau	20,00	4	4
Klinik für Psychosomatik und psychiatrische Rehabilitation GmbH, Spittal an der Drau	30,00	4	4
Protteith Produktionsgesellschaft mbH, Liebenfels	24,00	4	4
Sappho dreiundneunzigste Holding GmbH, Wien	40,00	4	4
SHKK-Rehabilitations GmbH, Baden	50,00	4	4
SOCIETATEA COMPANIILOR HOTELIERE GRAND SRL, Bukarest	35,31	4	4
SRK Kliniken Beteiligungs GmbH, Baden	25,00	4	4
Straktor Bau Aktien Gesellschaft, Kifisia	50,00	4	4
Syrena Immobilien Holding Aktiengesellschaft, Spittal an der Drau	50,00	4	4

¹ gemäß § 224 Abs 3 UGB

² Jahresüberschuss/-fehlbetrag

³ Jahresabschluss zum 31.12.2023

⁴ keine Angabe gemäß § 242 Abs 2 UGB

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Klemens Haselsteiner, BBA, BF (Vorsitzender des Vorstands bis 17.1.2025)

Dipl.-Ing. Stefan Kratochwill (Vorsitzender des Vorstands seit 19.2.2025)

Mag. Christian Harder

Dipl.-Ing. (FH) Jörg Rösler

Dipl.-Ing. Siegfried Wanker

Dipl.-Ing. (FH) Alfred Watzl

Aufsichtsrat:

Mag. Kerstin Gelbmann (Vorsitzende seit 1.1.2024)

Mag. Erwin Hameseder (Stellvertreter der Vorsitzenden)

Dr. Andreas Brandstetter

Dr. Valerie Hackl (seit 25.1.2024)

Mag. Gabriele Schallegger

Dipl.-Ing. Andreas Batke (Betriebsratsmitglied)

Magdolna P. Gyulainé (Betriebsratsmitglied)

Georg Hinterschuster (Betriebsratsmitglied)

Wolfgang Kreis (Betriebsratsmitglied) (bis 31.7.2024)

Karl Gerdes (Betriebsratsmitglied) (seit 1.8.2024)